

## **Stadtrat am 6.10.2016**

### **Aktuelle Stunde: Arbeitsweise der Oberbürgermeisterin**

#### **Redebeitrag Andreas Schubert**

(Begrüßung)

Die Arbeitsweise der Oberbürgermeisterin muss sich ändern und zwar super kurzfristig!  
Die ThürKo – beschreibt klar und unmissverständlich die Aufgaben der Oberbürgermeisterin.  
Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates ist hier an erster Stelle zu nennen. Das dafür die Verwaltung entsprechend aufgestellt und koordiniert wird, liegt ebenfalls im Verantwortungsbereich der Oberbürgermeisterin.

Stadtratsbeschlüsse sind das Ergebnis eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses der von den Wählern mit einem Mandat auf Zeit legitimierten Vertreter, den Stadträten.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, Frau Dr. Hahn, haben Sie als Oberbürgermeisterin schwach angefangen und in den letzten Monaten dramatisch nachgelassen, zum Schaden für unsere Stadt und ihrer Bewohner.

Und dafür werde ich Ihnen auch konkrete Beispiele benennen, die sie ja dann in Ihrer Erwiderung berücksichtigen können, wenn Sie denn dazu heute einen neuen Stand mitbringen.

Die jüngste Fortsetzung einer langen Kette der Missachtung von Stadtratsbeschlüssen fand mit der Posse um das längst überfällige Personalentwicklungskonzept statt.

Das was dem Stadtrat am 30. September 2016, also nach mehr als einem halben Jahr vorgelegt wurde, soll also die Erfüllung Ihrer Zusage sein Frau Dr. Hahn? Das ist es eben nicht! Und das hat Auswirkungen auf Ihre Glaubwürdigkeit, negative Auswirkungen.

Ein halbes Jahr für 15 Seiten Statistik und allgemeine Ausführungen zur Personalarbeitswirtschaftung – das kann man auch als Arbeitsverweigerung auffassen - eine mit Ansage übrigens, wenn man an die HA-Sitzung Anfang August zurückdenkt, wo der Stellvertreter der Finanzdezernentin - übrigens unwidersprochen vom Bürgermeister - eine neue Zeitschiene zur Erarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes vorschlug.

Jetzt kommt also nach über 6 Monaten ein Ergebnis auf den Tisch, was keines ist: 34 Millionen Euro Gesamtabweichung von den Personalkostenplanungen ihrer eigenen Verwaltung! „Begründet wird das u.a. damit, dass „keine exakte Planungsgrundlage existierte, welche Stellen tatsächlich wieder zu besetzen sind“ - Aber Nein, das ist nur Vernebelungstaktik!

In den Bereichen wo diese exakte Planungsgrundlage existiert, hier im Stadtrat einstimmig beschlossen, setzen Sie sich einfach darüber hinweg.

Brand- u- Katastrophenschutz -Bedarfsplan: statt 117 Stellen über 130 – ab 2016 700.000 Euro jährliche Personalkosteneinsparung.

Erklären Sie doch mal den Einwohnern unserer Stadt, warum sie ständig höhere Gebühren bezahlen sollen, warum nicht zuletzt bei der FW selber kein Geld für notwendige Investitionen da ist, während sie einen solchen Beschluss zur Brand- und Katastrophenschutzbedarfsplanung einfach ignorieren.

Es gibt keine andere Beschlusslage – Sie verstoßen gegen das Haushaltsrecht des Stadtrates. Selbst in der Produktauswertung des HH 2016 auf den man sich jetzt beruft, wird nachgewiesen, dass schon im März 5 VbE mehr als im Plan verankert im Produkt Brandschutz beschäftigt sind. Und was machen Sie: Sie schreiben im August weitere Stellen zur Besetzung in der Leitstelle aus, obwohl doch gerade über ein neues Leitstellenkonzept auf Landesebene entschieden wird. Der gleiche Stellvertreter der Finanzdezernentin, der Anfang August im HA dem Stadtrat erklären wollte, kein PEK für die Feuerwehr aufstellen zu können, weil es keine Beschlussgrundlage gäbe, der hat im Juli die Ausschreibung von 2 weiteren Stellen ab 2017! (Haushaltsvorgriff) unterschrieben. Da fällt einem doch nichts mehr ein – das ist eine grobe Missachtung des Stadtrates und seiner Beschlüsse. Anfragen unserer Fraktion zu diesem Sachverhalt wurden wiederholt mit absurden Textbausteinen abgespeist, die zudem auch noch auf Anlagen verweisen, die nicht mal beigefügt wurden. Dabei geht es auch hier um den Vollzug von Stadtratsbeschlüssen zum Haushalt. Schreiben an Sie, wie das meiner Fraktionskollegen Krüger und Raubold, werden seit Wochen nicht beantwortet.

Dies beschreibt eine politische Ignoranz gegenüber dem Stadtrat, die sich unter gar keinen Umständen mehr tolerieren oder gar akzeptieren lässt. Und das werden wir auch nicht. Meine Fraktion wird dazu jetzt die Rechtsaufsicht einschalten, weil wir unser Auskunftsrecht verletzt sehen. Dieser Umgang mit dem Haushaltsvollzug wird selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Haushaltsdiskussion für 2017 bleiben können.

Genauso wenig wie der Umgang der Haushaltsbeschlüsse zu Schulinvestitionen:

Der Stadtrat hat sich schon im Vorjahr über die Fraktionsgrenzen hinweg für 3 Prioritäten bei den dringendsten Schulbaumaßnahmen geeinigt:

Anbau am Zabel- Gymnasium, Goethe-Campus und Ostschule. Deren Generalsanierung ist doch für die notwendige Umwandlung zur Thüringer Gemeinschaftsschule mit Grundschulanteil mindestens genauso wichtig wie der Campus. Warum wird aber in den Ausschüssen über eine Prioritätensetzung bei diesen Schulbaumaßnahmen berichtet - Campus vor Ostschule – auf welcher Grundlage?

Der Schulnetzplan kann es jedenfalls nicht sein – denn der ist wegen ihrer Intervention beim letzten Aufruf hier im Stadtrat ja immer noch nicht aktualisiert...

Warum bringen sie entgegen den Vorgaben der Kommunalordnung keinen Investitionsbeschluss für die Investitionen auf den Weg?

Dazu kommt, dass Sie und zwar entgegen Ihrer Ankündigung in der Presse ohne jede

Rücksprache mit den Fraktionen, haushaltswirtschaftliche Sperren auch im Investitionsbereich erlassen haben, die bis heute nicht untersetzt sind. Ihrer Ankündigung im Hauptausschuss, dass in den Fachausschüssen darüber konkret berichtet wird, folgten im besten Fall nichtssagende Schreiben, wie im BUVLA....

Inzwischen ist zu bezweifeln, dass in der Verwaltung überhaupt bekannt ist, welche Haushaltsstelle gesperrt sein soll und welche nicht, von den Auswirkungen dieser Mittelspernung ganz zu schweigen. Die Zweifel an einem tatsächlichen Überblick über die finanzielle Situation werden auch dadurch genährt, dass im Monatsrhythmus über ständig neue millionenschwere Änderungen beim prognostizierten Jahresergebnis berichtet wird – auf einmal tauchen z.B. neue Abschreibungsmillionen auf, für die nicht mal eine kleine Erklärung gegeben werden kann.

Frau Oberbürgermeisterin, unter Ihrer Amtsführung hat sich eine Kultur der Beliebigkeit, der Entscheidungsverschleppung, der Nichtentscheidung und der Verweigerung Stadtratsbeschlüsse fristgerecht umzusetzen etabliert, was sich in dieser Qualität der Notwendigkeit annähert, das Verwaltungsgebaren auch einmal rechtlich überprüfen zu lassen.

Unser Vorwurf an Sie lautet: Sie nehmen den Stadtrat als Auftraggeber für die Verwaltung überhaupt nicht ernst.

- Im August bringen Sie die gleiche Friedhofsgebührensatzung erneut in den Stadtrat, die erst in der Sitzung davor abgelehnt wurde.
- Dem Höhlerverein wird entgegen der Beschlusslage im Stadtrat nur die Hälfte des Zuschusses ausgezahlt, aber die Anschaffung von Fahrzeugen über teure Leasingverträge, außerhalb von Investitionsbudgets, stört Sie nicht.
- Da wird statt der beschlossenen Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes mit zweijähriger(!) Verspätung eine „Anpassung“ als Informationsvorlage vorgelegt, auch noch mit der Begründung des zuständigen Fachdienstleiters garniert, ihm wäre mit der Strukturreform in der Verwaltung zum Jahresbeginn der Mitarbeiter zur Sport-Planung abhandengekommen.
- Da liefern Sie keine attraktiven Angebote in Kooperation mit Wohnungsgesellschaften, anderen Unternehmen und dem Thüringer Studentenwerk zur Ausgestaltung des vom Stadtrat beschlossenen Anreizprogramms zur Ansiedlung von Studenten und Azubis, obwohl dieses seit 1. September gilt und der Stadtrat genau das von Ihnen mit Beschlussfassung im März abgefordert hat.

(Überhaupt ist beim Thema Erhöhung der Einwohnerzahlen unserer Stadt im Zuge der laufenden Freiwilligkeitsphase viel zu wenig an Aktivitäten spürbar. Hier laufen wir Gefahr, durch Untätigkeit die Chancen für Geras Kreisfreiheit ungenutzt verstreichen zu lassen, denn die Zeit läuft!)

Die Zeit läuft auch für Sie, Frau Oberbürgermeisterin, positive Ergebnisse für Gera zu produzieren.

Immer mehr Einwohner Geras wundern sich darüber, das Ihrer Ankündigung vom Vorjahr – jetzt würde die aktive Phase Ihrer Amtszeit beginnen – tatsächlich so wenige Taten folgten.

Diese Form der verweigten Zusammenarbeit mit dem Stadtrat muss schnellstmöglich beendet werden!

Wir erwarten eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, statt Abstimmungen bis das Ergebnis vermeintlich passt.

Frau Oberbürgermeisterin nehmen Sie endlich die Verantwortung ihres vom Wähler übertragenen Amtes wahr! Gera und seine Einwohner haben einen Anspruch darauf!